

Sitzungsniederschrift

17. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich (Raum 1.106)		
Sitzungsdatum: 20.03.2019	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:34 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU	
Behrends, Kuno	SPD	
Biller, Anita	SPD	
Bracklo, Agnes	GRÜNE	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Ihnen, Hermann	SPD	
Roß, Helmut	Roß	Vertretung für Frau Hilde Ubben
Strömer, Wilhelm	FW	Vertretung für Herrn Gerhard Hoffmann
Tammen, Harald	CDU	
Grundmandat		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Bagusat, Klaus-Dieter		
Hülsebus, Dieter		
Krull, Hilde		
Tobiassen, Bernd		

Verwaltung

Epple, Andreas	
Ewen, Christian	Leiter des Jobcenters
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Losse, Nils	Protokollführer
Müller, Michael	Leiter des Sozialamtes
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Seemann, Volker	Abteilungsleiter allgemeine Sozialhilfe

Nicht anwesend:

Mitglieder

Bienhoff-Topp, Ida	SPD
Hoffmann, Gerhard	FW
Stauß, Detlef	AfD
Ubben, Hilde	AWG

Beratende Mitglieder

Eiben, Florian
Pieschke, Bärbel

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31.01.2019 - öffentlicher Teil -
5. Einwohnerfragestunde
6. Vorstellung Mentoring-Programm „Frau.Macht.Demokratie.“
7. Sachstandsbericht Schulbegleitung
8. Anfrage der Fraktion "Die Linke" zu den Kosten der Unterkunft (KdU) für Arbeitslosengeld-II-Empfänger; Vortrag des Jobcenters
Vorlage: IX-MV/2019/005
9. Hilfsorganisation "Heart of Mercy"
Vorlage: IX/2019/055
10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
11. Einwohnerfragestunde
12. Schließung der Sitzung



Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzende Kleinert eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:00 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Anschließend informiert sie die Anwesenden über die zwei neu gewählten beratenen Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Bei diesen Personen handelt es sich um Herr Florian Eiben von der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Norden e.V. sowie Frau Hilde Krull vom Sozialverband Deutschland (SoVD). Herr Eiben hat sich vor der Sitzung entschuldigen lassen. Anschließend übergibt sie das Wort an den Ersten Kreisrat, Herrn Dr. Puchert, mit der Bitte, die Belehrung von Frau Krull vorzunehmen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert informiert die Anwesenden über die Notwendigkeit einer Belehrung. Danach wendet er sich an Frau Krull. Die Belehrung wird per Handschlag dokumentiert.

Vorsitzende Kleinert heißt Frau Krull im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung willkommen.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzende Kleinert stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzende Kleinert wendet sich an die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung mit der Frage, ob gegen die Tagesordnung Einwände bestehen.

Abgeordneter Strömer beanstandet, dass der Tagesordnungspunkt „Gesundheitsregion Ostfriesland“ nicht auf die Tagesordnung mit aufgenommen worden ist. Bereits am 14.08.2018 wurde beschlossen, dieses Thema in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung am 15.11.2018 zu behandeln. Dieser Beschluss fand jedoch bei der Sitzung am 15.11.2018 keine Berücksichtigung. Er bittet um eine Begründung dafür, weshalb der Tagesordnungspunkt „Gesundheitsregion Ostfriesland“ trotz gefasster Beschlüsse nicht Bestandteil der Tagesordnung ist.

Vorsitzende Kleinert verweist auf den Arbeitskreis „Gesundheitsregion Ostfriesland“, welcher nach Zustimmung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Soziales am 31.01.2019 gegründet wurde. Dieser Arbeitskreis setzt sich aus Vertretern der einzelnen Fraktion zusammen und hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Darüber hinaus wurde aufgrund der zeitlich umfangreichen Tagesordnungspunkte „Sachstand Schulbegleitung“ und „Anfrage der Fraktion (Die Linke) zu den Kosten der Unterkunft (KdU)

für Arbeitslosengeld-II-Empfänger; Vortrag des Jobcenters“, auf einen weiteren Tagesordnungspunkt verzichtet.

Abgeordneter Strömer bringt zum Ausdruck, dass die Einrichtung einer „Gesundheitsregion Ostfriesland“ weiter zügig vorangebracht werden muss. Es ist bereits jetzt zu einer großen zeitlichen Verzögerung gekommen.

Vorsitzende Kleinert bestätigt die Wichtigkeit der geplanten Einrichtung der „Gesundheitsregion Ostfriesland“. Dieses Thema werde auch in kommenden Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung mit auf die Tagesordnung aufgenommen. Sie bittet jedoch um Verständnis dafür, dass für die heutige Sitzung kein weiterer Tagesordnungspunkt mehr mit aufgenommen werden konnte.

Abgeordneter Strömer weist ausdrücklich darauf hin, dass bereits im Jahre 2005 seitens der Partei „Die Grünen“ die Einrichtung einer „Gesundheitsregion Ostfriesland“ gefordert wurde. Die bis zum heutigen Tage erzielten Ergebnisse sind nicht zufriedenstellend.

Vorsitzende Kleinert sichert zu, sich mit der Kreisrätin Krabbe in Verbindung zu setzen, um dieses wichtige Thema weiter voranzubringen.

Weitere Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31.01.2019 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 31.01.2019 -öffentlicher Teil- wird einstimmig bei zwei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

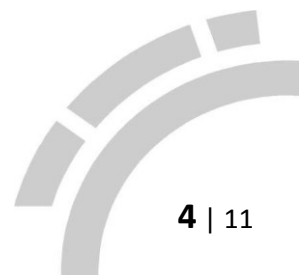
⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
⇒ **einstimmig genehmigt**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Vorstellung Mentoring-Programm „Frau.Macht.Demokratie.“**

Frau Jelden stellt den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung das Mentoring-Programm des Landes Niedersachsen „Frau.Macht.Demokratie“ vor. Obwohl das Wahlrecht für Frauen vor über 100 Jahren verabschiedet wurde, sind Frauen nicht zu gleichen Teilen in politischen Gremien vertreten. Der Frauenanteil in den Kommunen im Landkreis Aurich liegt im Durchschnitt bei 23 %. Im Kreistag liegt der Anteil von Frauen bei 24 %. Die Zielsetzung des Mentoring-Programms besteht darin, Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen, indem der Weg in die Politik durch eine individuelle Unterstützung erleichtert wird. Kommunalpolitiker/-innen sollen für die Notwendigkeit eines höheren Anteils an Frauen in den Entscheidungsgremien sensibilisiert werden. Dies kann zum Beispiel erfolgen,



indem eine politisch interessierte Frau eine erfahrene Politikerin oder einen erfahrenen Politiker während der Ausübung des politischen Alltagsgeschäfts begleitet. Die Bewerbungsphase beginnt am 01.04.2019 und endet am 15.05.2019. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens findet am 30.08.2019 eine Auftaktveranstaltung in Hannover statt. Das Mentoring-Programm endet im Spätsommer 2020, sodass die Teilnehmerinnen die Möglichkeit haben, eine Kandidatur für die Kommunalwahlen im Herbst 2021 in Erwägung zu ziehen.

Vorsitzende Kleinert bringt die Notwendigkeit eines solches Förderprogrammes zum Ausdruck und begrüßt die Unterstützung von politisch engagierten Frauen.

TOP 7 **Sachstandsbericht Schulbegleitung**

Vorsitzende Kleinert begrüßt Frau Eva Dittmann sowie Frau Sybille Kühnel vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism).

VR Müller erklärt, dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss am 15.03.2018 die Konzeption beschlossen und damit der Einführung des derzeitigen Modells der Schulbegleitung im Landkreis Aurich zugestimmt hat. Dieser Beschluss wurde am 24.04.2018 vom Kreisausschuss bestätigt. Damit einhergehend über die Konzeption war die Beauftragung eines Evaluationsanbieters. Im Rahmen einer erfolgten Ausschreibung wurde das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism) mit dieser Aufgabe betraut.

Anschließend informieren **Frau Dittmann und Frau Kühnel** anhand einer Power-Point-Präsentation den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung unter anderem über die Ausgangssituation, die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts zur Schulbegleitung im Landkreis Aurich und ersten Erkenntnissen der statistischen Datenanalyse.

Die Power-Point-Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Grundmandatsinhaber Warmulla bittet um Informationen, ob das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism) bereits Erkenntnisse darüber gewinnen konnte, wie sich das aktuelle „Pool-Modell“ im Landkreis Aurich entwickelt hat, beziehungsweise, ob sich in der Praxis eventuelle Schwierigkeiten auch im Hinblick auf die Anzahl der derzeit eingesetzten Schulbegleiter ergeben. In Verbindung damit wird um eine Einschätzung gebeten, ob weitere Schulbegleiter ausgebildet werden müssen. Des Weiteren gilt es prüfen, ob eine höherwertige Qualifizierung der einzusetzenden Schulbegleiter vorzunehmen ist.

Frau Dittmann erklärt, dass noch in diesem Schuljahr eine Befragung der Schulbegleiter durchgeführt wird. Eine weitere Befragung wird im Jahre 2021 stattfinden. Inhalt dieser Befragungen wird unter anderem die Einschätzung der Schulbegleiter hinsichtlich der mit der Einrichtung des „Pool-Modells“ einhergehenden Entwicklung und damit verbundenen Veränderungen sein. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es jedoch noch zu früh, um eine abschließende Beurteilung vorzunehmen.

Grundmandatsinhaber Warmulla richtet die Frage an Verwaltung, ob es richtig ist, dass Schulbegleiter mit mehr als 25 Stunden dazu überredet werden, die wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren. Ebenfalls wird um Auskunft gebeten, ob aktuell genügend Personal vorhanden ist beziehungsweise genügend Fachkräfte ausgebildet und nach



Abschluss der Ausbildung übernommen werden. Außerdem ist unklar, ob das vorgeschlagte Budget ausreicht, um die gesetzlichen Vorgaben für die Schulbegleitung zu erfüllen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärt, dass der Landkreis Aurich Rechtsverpflichtungen erfüllen und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen muss. Unter Berücksichtigung, dass nach über 25 Jahren ein Systemumbruch vorgenommen wurde, ist es nach 6 Monaten Laufzeit des „Pool-Budget-Modells“ nicht möglich, abschließende Erkenntnisse über noch vorzunehmende Anpassungen zu gewinnen. Nach Abschluss der Evaluation durch das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism) gilt es zu klären, ob Nachbesserungen notwendig sind. Das „Pool-Budget-Modell“ geht dem Grunde nach von der Idee aus, dass eine bestimmte Anzahl von Schulbegleitern einem Verbund zugewiesen wird. Der Landkreis Aurich hat ganz bewusst Verbünde gegründet, um sich im Laufe eines Schuljahres wechselnden Bedarfen an den jeweiligen Schulen anpassen zu können, indem über Koordinatoren die Schulbegleiter zur Unterstützung an anderen Schulen eingesetzt werden. Gerade in der Startphase muss es möglich sein, in enger Abstimmung mit den Schulen die Anzahl der Schulbegleiter entsprechend dem vorhandenen Bedarf anzupassen. In der Projektlaufzeit von vier Jahren gilt es auch insbesondere Erkenntnisse darüber zu gewinnen, in welcher Form zum Beispiel ein Einsatz von Sozialpädagogen oder Erziehern erforderlich ist. Es muss Klarheit darüber herrschen, dass die Entwicklung der Schulbegleitung einen Prozess über mehrere Jahre darstellt. Während dieses Prozesses ist es notwendig, auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse zu reagieren und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Hinsichtlich der vom Grundmandatsinhaber Warmulla angesprochenen Stundenreduzierung führt **VR Müller** aus, dass Anfang Februar 2019 die jeweiligen Schulleitungen aufgeteilt nach den gebildeten Verbänden von der Verwaltung zu einem Gespräch eingeladen worden sind. In diesem Gespräch wurde seitens der Schulen die derzeitige Situation dargestellt. Mittlerweile beteiligten sich 69 Schulen an dem „Pool-Budget-Modell“. Der überwiegende Teil der Schulen vertritt die Auffassung, dass sich das eingeführte neue Modell der Schulbegleitung zur Zufriedenheit aller Beteiligten in den Schulalltag etabliert hat. Eine Stigmatisierung findet nicht mehr statt. Die benötigte Anzahl an Schulbegleitern hat rechtzeitig zu Beginn des Schuljahres zur Verfügung gestanden und die eingeführte „Vertreterregelung“ hat sich bewährt. Einzelne Schulen haben eine höhere Anzahl an Schulbegleitern gefordert. Bei genauerer Betrachtung hat sich jedoch herausgestellt, dass zwischen den betroffenen Schulen und den Koordinierungsstellen keine ausreichende Kommunikation, welche einen wichtigen Bestandteil der Konzeption darstellt, stattgefunden hat. Solch eine mangelnde Kommunikation erschwert es den Koordinierungsstellen bedarfsgerecht zu reagieren. Probleme, welche aufgrund von geforderten Stundenreduzierungen entstehen, sind der Verwaltung nicht bekannt. In solchen Fällen ist es erforderlich, direkt die Koordinierungsstellen zu kontaktieren, damit kurzfristig eine zufriedenstellende Lösung für alle Beteiligten herbeigeführt werden kann.

Abgeordnete Bracklo hinterfragt, in welcher Art und Weise die soziale und kulturelle Herkunft in Verbindung mit dem Anstieg von Kindern mit Lernschwächen in den Grundschulen von Bedeutung ist. Sie bittet Frau Dittmann um eine Empfehlung, ob nicht bereits in den Kindergärten entsprechende Maßnahmen getroffen werden müssen.

Frau Dittmann erklärt, dass die Bildungsgerechtigkeit mit Hinblick auf die soziale und kulturelle Herkunft in der Gesellschaft und Grundsatzproblem darstellt und im Rah-



men der Evaluation nicht abschließend geklärt werden kann. Allerdings ist es für die Schulbegleitung im Landkreis Aurich unter Anwendung des „Pool-Budget-Modell“ ratsam, frühzeitig angemessen auf Bedarfslagen zu reagieren und eine Verknüpfung zu den Kindertagesstätten herzustellen. Dabei gilt es rechtzeitig zu beurteilen, welche Grundschulen die Kinder aus den Kindertagesstätten besuchen werden.

Vorsitzende Kleinert bedankt sich bei Frau Dittmann und Frau Kühnel für den ausführlichen Vortrag.

TOP 8 **Anfrage der Fraktion "Die Linke" zu den Kosten der Unterkunft (KdU) für Arbeitslosengeld-II-Empfänger; Vortrag des Jobcenters**
Vorlage: IX-MV/2019/005

Hinsichtlich der Anfrage der Fraktion „Die Linke“ zu den Kosten der Unterkunft (KdU) für Arbeitslosengeld-II-Empfänger verweist die **Vorsitzende Kleinert** auf die schriftliche Stellungnahme des Jobcenters, welche den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vorab zur Verfügung gestellt wurde.

VOR Ewen fügt ergänzend hinzu, dass in Deutschland der Grundsatz der Freizügigkeit gilt. Leistungsberechtigte haben somit das Recht, ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort frei zu wählen. Im Falle eines Umzuges, welcher nicht begründet ist und die monatlichen Aufwendungen über der Angemessenheitsgrenze des Mietspiegels liegen, werden lediglich die bisherigen Kosten der Unterkunft anerkannt. Im Jahre 2012 wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, welche sich aus Vertretern des Jobcenters und dem Sozialamt aus den Bereichen der Widerspruchs-/Klagesachbearbeitung sowie der Leistungsabteilung zusammensetzt, gegründet. Diese Arbeitsgruppe beschäftigt sich in regelmäßigen Abständen mit der Rechtsprechung der zuständigen Sozialgerichte. Die Arbeit dieser Arbeitsgruppe hat dazu beigetragen, dass die Entscheidungen hinsichtlich der seitens des Landkreises Aurich als zuständiger Sozialhilfeträger zu gewährenden Kosten der Unterkunft mit der Rechtsprechung konform sind. Der Landkreis Aurich stellt den größten „Mieter“ im Landkreis Aurich dar. Allein im Bereich der Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) werden Kosten der Unterkunft und Heizung mit einem finanziellen Volumen von jährlich 39 Millionen Euro zur Zahlung angewiesen. Der Anteil der Kosten, welche nicht anerkannt werden können, liegt bei ca. 6 %.

Grundmandatsinhaber Warmulla bedankt sich für die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung. Die derzeitige Gesetzeslage stellt jedoch für die betroffenen Menschen, welche auf Leistungen des Jobcenters angewiesen sind, eine Katastrophe dar. In vielen Fällen kommt es insbesondere bei den Unterkunfts-kosten, welche nicht in voller Höhe vom Jobcenter anerkannt werden, zu unzumutbaren Härten für die Betroffenen. Die nicht anerkannten Unterkunfts-kosten müssen die benachteiligten Leistungsempfänger von ihrer Regelleistung bezahlen. Die damit verbundene Kürzung der Regelleistung erschwert es zunehmend, den Lebensunterhalt ausreichend sicherzustellen.

Abgeordnete Albers erkundigt sich danach, wann die Unterkunfts-kosten im Mietspiegel für die Umlandgemeinden das letzte Mal erhöht wurden und ab wann diese Werte erneut erhöht werden.

VOR Ewen erklärt, dass die letzte Anpassung im Januar 2018 vorgenommen wurde und die nächste Anpassung voraussichtlich im Jahre 2022 stattfinden wird.



Nach Auffassung von **Herrn Bagusat** entspricht die Anwendung des Mietspielgels für den Landkreis Aurich und des bundesweiten Heizkostenspiegels der aktuellen Rechtsprechung. Er gibt jedoch zu bedenken, dass es im Kreisgebiet nicht genügend Wohnraum für Alleinstehende bzw. Bedarfsgemeinschaften mit 2 Personen gibt. Der soziale Wohnungsbau wird seit Ende der 90er-Jahre stark vernachlässigt. Es gilt darauf zu achten, den Mietspiegel für den Landkreis Aurich entsprechend den immer weiter steigenden Mietpreisen anzupassen.

Grundmandatsinhaber Warmulla bedauert es sehr, dass die großen Parteien sich nicht davon überzeugen lassen, den sozialen Wohnungsbau weiter voranzutreiben. Die Ergebnisse der bisherigen Projekte sind nicht zufriedenstellend.

Vorsitzende Kleinert bedankt sich bei Herrn Ewen und Herrn Rademacher für die ausführliche Stellungnahme.

TOP 9 **Hilfsorganisation "Heart of Mercy"**
Vorlage: IX/2019/055

Vorsitzende Kleinert informiert die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über das Schreiben der Kreistagsfraktion „FW/FDP“, welches am heutigen Tage eingegangen ist.

Abgeordneter Strömer fügt ergänzend hinzu, dass das Schreiben bereits gestern Abend den einzelnen Fraktionsvorsitzenden vorgelegen hat.

Vorsitzende Kleinert erläutert den Anwesenden den Inhalt des Schreibens. Die Anfrage der Kreistagsfraktion „FW/FDP“ richtet sich dahingehend, ob die Möbellager der Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden eine finanzielle Unterstützung seitens des Landkreises Aurich erhalten. Frau Kleinert erklärt, dass die beiden Möbellager bislang auf keine finanzielle Unterstützung angewiesen waren. Bei dem Antrag der Hilfsorganisation „Heart of Mercy“ handelt es sich um eine einmalige Unterstützung in Höhe von 5.000,00 €.

Nach Meinung des **Abgeordneten Strömers** sollte darauf geachtet werden, keine Gegenstrukturen zum bisherigen Angebot der Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden aufzubauen. Aus der Beschlussvorlage ist die Rechtslage für die Gewährung des beantragten Zuschusses nicht ersichtlich. Die Möbellager der Kreisvolkshochschulen leisten hervorragende Arbeit. Fraglich ist, ob ein weiteres Angebot zu einer eventuellen Überfrachtung führt. Darüber hinaus kann anhand der Beschlussvorlage nicht ermittelt werden, wie sich die Höhe des beantragten Zuschusses zusammensetzt. Des Weiteren gilt es zu beachten, dass die Hilfsorganisation „Heart of Mercy“ über das Kreisgebiet hinaus ihre Unterstützung anbietet. In diesem Zusammenhang gilt es vor eine Zustimmung zu klären, ob die Landkreise Leer und Wittmund sowie die Stadt Emden ebenfalls Zuschusses gewähren. Die im Antrag der Hilfsorganisation bezifferten Anschaffungskosten für einen neuen Transporter in Höhe von 15.000,00 € erscheinen unrealistisch. Für den Kauf eines solchen Fahrzeuges kann von einem Anschaffungswert zwischen 50.000,00 € und 60.000,00 € ausgegangen werden.

Vorsitzende Kleinert erklärt, dass das Bestreben der Hilfsorganisation „Heart of Mercy“ nicht darin besteht, mit den Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden zu konkurrieren, sondern ergänzend zum bisherigen Angebot hilfsbedürftige Menschen zu unterstützen. Die Verantwortlichen sind bemüht, die Finanzierung auch durch Spen-



den sicherzustellen. Mehrere Sponsoren sind jedoch weggefallen, sodass eine Finanzierungslücke entstanden ist.

Abgeordneter Strömer sieht unter Berücksichtigung des bereits vorhandenen Hilfeangebotes der Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden grundsätzlich keine Notwendigkeit, darüber hinaus weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch bei der Schuldnerberatung ist der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zum dem Ergebnis gekommen, den Antrag der „Schuldnerberatung Ostfriesland“ auf eine finanzielle Unterstützung aufgrund des bereits vorhandenen Angebotes abzulehnen.

VR Müller informiert die Anwesenden über die Arbeit von „Heart of Mercy“. Die Hilfsorganisation mit Sitz in Großefehn, welche sich erstmalig am 14.08.2018 im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vorgestellt hat, sammelt Sachspenden (z.B. Möbel und Kleidung), um diese anschließend an Bedürftige zu verteilen. Diese Aufgabe wird zum größten Teil durch 42 Ehrenamtliche wahrgenommen. Bei der Vorstellung hat die Hilfsorganisation keine Erwartungshaltung an den Landkreis Aurich gerichtet. Anfang Februar 2019 hat sich Frau Binoit als Leiterin von „Heart of Mercy“ schriftlich an den Landkreis Aurich gewandt und um eine finanzielle Unterstützung gebeten. Daraufhin hat die Verwaltung Frau Binoit zu einem Gespräch eingeladen. In diesem Gespräch wurden die Strukturen genauer dargestellt. Die zur Verfügung gestellten Sachspenden werden teilweise vorab mit Hilfe eines Transporters abgeholt und anschließend an Hilfsbedürftige verteilt. Dieser zwingend benötigte Transporter, welcher kostengünstig angeschafft wurde, ist jedoch mittlerweile abgängig. Die anstehenden Reparaturarbeiten übersteigen den aktuellen Zeitwert des Fahrzeuges und wären somit unwirtschaftlich. Die Hilfsorganisation kann nur mit der Unterstützung von Sponsoren und Spenden ihre Hilfe anbieten. Die Spendenbereitschaft sowie die Anzahl der Sponsoren sind jedoch zurückgegangen. Ohne eine Zuschussleistung können die bisherigen Strukturen in der derzeitigen Form nicht weiter vorgehalten werden. Das Einzugsgebiet beschränkt sich überwiegend mit ca. 70 % auf den Landkreis Aurich. Darüber hinaus ist die Hilfsorganisation in den Landkreisen Leer und Wittmund tätig.

Vorsitzende Kleinert fügt ergänzend hinzu, dass in dem Antrag vom 02.02.2019 eine freiwillige Finanzierungshilfe in Höhe von insgesamt 41.400,00 € begehrt wird. In dem mit Frau Binoit geführten Gespräch bestand Einigkeit darüber, solch eine finanzielle Unterstützung in der beantragten Höhe seitens des Landkreis Aurich nicht leisten zu können.

Abgeordneter Strömer verweist erneut auf die seiner Meinung nach mangelnde Beschlussvorlage. Die Rechtslage ist nicht erkennbar. Andere Anbieter, wie zum Beispiel das „Soziales Kaufhaus“ müssten dann auch unterstützt werden, da diese ebenfalls auf Spenden angewiesen sind. Es muss darauf geachtet werden, kein Überangebot zu fördern. Die Strukturen müssen klar gegliedert sein.

Abgeordnete Bracklo befürwortet eine finanzielle Unterstützung. Unter Berücksichtigung, dass die Hilfsorganisation „Heart of Mercy“ ihren Sitz in Großefehn hat, haben auch hilfsbedürftige Menschen im Randbereich des Kreisgebietes die Möglichkeit, notwendige Sachspenden in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus sollte eine Zustimmung auch im Hinblick auf die hohe Anzahl der Ehrenamtlichen erteilt werden. Ein Zuschuss in Höhe von 5.000,00 € ist im Vergleich zu der im Antrag begehrten Finanzierungshilfe in Höhe von 41.400,00 € vertretbar.



Abgeordneter Fohrden befürwortet ebenfalls eine Zustimmung für eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 5.000,00 €. Eine Zustimmung würde keine Finanzierung der laufenden Geschäfte darstellen, sondern lediglich eine einmalige Hilfestellung für die Anschaffung des benötigten Transporters. Auch andere Hilfsorganisationen haben grundsätzlich die Möglichkeit, sich an den Landkreis zu wenden. Bei der Gewährung von freiwilligen Zuschüssen sollte jedoch stets auf das Finanzvolumen geachtet werden.

Abgeordneter Strömer bittet darum im Protokoll festzuhalten, dass seine vorgetragene Argumentation nicht entkräftet wurde. Aufgrund der vorhandenen Strukturen wird er gegen den Antrag auf Bewilligung eines Zuschusses stimmen.

Anschließend lässt **Vorsitzende Kleinert** über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Aurich beteiligt sich im Jahr 2019 mit einem einmaligen Zuschuss in Höhe von 5.000,00 EUR an der Beschaffung eines Transportes für die Hilfsorganisation „Heart of Mercy“, Großefehn.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 1

➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 10 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Vorsitzende Kleinert informiert die Ausschussmitglieder über ein Benefizkonzert, welches am 28.03.2019 um 19:30 Uhr in der evangelisch-reformierten Kirche in Aurich stattfinden wird. Veranstalter ist der Verein „Gemeinsam gegen Kälte e.V.“. Anschließend werden die an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung gerichteten Einladungen verteilt.

VR Müller berichtet über die neuen Öffnungszeiten des Vereins „Unabhängige Teilhaberberatung für elk un een e.V.“. Eine Übersicht über die Anlaufstellen im Landkreis Aurich und den Kontaktdaten wird dem Protokoll beigelegt.

Vorsitzende Kleinert bedankt sich beim VOR Ewen, welcher in Kürze in den Ruhestand verabschiedet wird, für die vertrauensvolle und zuverlässige Zusammenarbeit. Im Namen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung wird ein Präsent als Zeichen der Anerkennung überreicht.

VOR Ewen bedankt sich für die kooperative Zusammenarbeit und unterbereitet den Vorschlag, die Leistungsabteilung des Jobcenters, welche in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fällt, nach Möglichkeit einmal im Jahr zu einer Ausschusssitzung einzuladen.

TOP 11 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.



TOP 12 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzende Kleinert schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:20 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. Losse
Protokollführer

